

Unsere Alternativen zur EU-Handelspolitik

Die EU-Kommission richtet sich bei Verhandlungen zu internationalen Handelsverträgen nach Leitlinien, die von den nationalen Regierungen im Rat der EU erarbeitet werden und in einem „Handelsmandat“ festgehalten sind.

Wir erarbeiten ein alternatives Handelsmandat!

Grundgedanke ist eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik in der EU. Rechte, die wir für uns in Anspruch nehmen, müssen auch für die Staaten gelten, mit denen wir Handel treiben. Dazu gehört z.B.:



- Das Recht auf ausreichende, gesunde Nahrung; keine Gefährdung lokaler Agrarstrukturen
- Menschenrechte haben Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen.
- Eine gerechte und nachhaltige Verwendung von Rohstoffen muss sichergestellt werden.
- Dem Kapital müssen Zügel angelegt werden, der Finanzbereich muss reglementiert werden, Steueroasen gehören abgeschafft.
- Alle Menschen müssen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen von hoher Qualität haben. Privatisierungen können dies nicht leisten und sind daher auszuschließen.

Mehr Informationen: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/weitere-handelsabkommen/alternatives-handelsmandat/>

Diese Diskussion wird in den nächsten Monaten in bundesweiten Zusammenhängen vertieft und konkretisiert. Wir laden Euch ein, zu unserer Veranstaltung zu kommen und mitzudiskutieren!

V.i.S.d.P.: Peter Olbort, c/o attac Nürnberg, Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg; <http://www.attac-netzwerk.de/nuernberg>; Email: nuernberg@attac.de, Plenum: jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, 20:00 Uhr, Nachbarschaftshaus Gostenhof



Attac-Forum

Alternativen zur Handelspolitik der EU

Mit dem Kampf gegen die Freihandelsabkommen der EU verbinden wir das Eintreten für ein demokratisches Wirtschaftssystem und einen gerechten Welthandel.

- Wo stehen wir heute?
- Was haben wir erreicht?
- Welche Aktionen stehen für 2017 an?
- Wie können wir unsere Vision von einem gerechten Welthandel konkretisieren und erste Schritte zur Realisierung entwickeln?



Vortrag und Diskussion mit

Roland Süß

Handelsexperte, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland und einer der Sprecher der europäischen Initiative „Stop TTIP“

Donnerstag, 29. Juni 2017, 19.30 Uhr

Nachbarschaftshaus Gostenhof, Großer Saal
Adam-Klein-Straße 6, 90429 Nürnberg

Seit Jahren mobilisieren wir gegen Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA. Zeit, Bilanz zu ziehen.

Was steht 2017 an?

- CETA wurde vom europäischen Parlament ratifiziert und tritt im Sommer 2017 vorläufig in Kraft (ohne die Punkte, für die auch die einzelnen EU-Staaten zuständig sind, z.B. Investitionsschutz).
- **Deutschland darf CETA nicht ratifizieren!**
- Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt werden weitere Freihandelsabkommen verhandelt. Z.B. ist das Abkommen EU – Singapur weit fortgeschritten, es wird zurzeit juristisch überprüft. Dieses Abkommen enthält Investitionsschutzregeln, die internationalen Konzernen Klagemöglichkeiten in Deutschland bzw. der EU ermöglichen. Des Weiteren wird z.B. mit Mexiko und Ecuador verhandelt.
- **Diese Verhandlungen müssen gestoppt werden! Das EU-Parlament darf diesen Abkommen nicht zustimmen!**



Was haben wir bereits erreicht?

- Wir konnten vielen Menschen vermitteln, dass ein so abstraktes Thema wie „internationale Handelsabkommen“ direkt etwas mit unserem Leben zu tun hat. Dass wir uns einmischen müssen und die Diskussion über die Grundsätze der Handelspolitik nicht Experten überlassen dürfen.
- Das neoliberale Wirtschaftssystem steht in der öffentlichen Kritik. Klar wird: Eine Wirtschaftspolitik, die dem Kapital immer neue profitable Anlage- und Investitionsmöglichkeiten eröffnet, hat ihren Preis. Sie gefährdet die Umwelt, das Klima und bedeutet eine Spaltung der Gesellschaft: Wenige profitieren von diesem System, viel bezahlen mit einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen.

- Von vielen Kommunen wird heute die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, wie z.B. der Wasserversorgung, der Krankenhäuser oder des Nahverkehrs, kritisch gesehen und vorgenommene Privatisierungen rückgängig gemacht. In Deutschland haben sich bereits über 300 Gemeinden als „TTIP-freie Kommunen“ erklärt.
- CETA, uns zunächst als „fertig ausgehandelt“ präsentiert, konnte in einigen Punkten entschärft werden (z.B. öffentlicher Investitionsgerichtshof statt privater Schiedsgerichte, Klarstellung, dass CETA keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen erzwingt).
- Im Kampf gegen Freihandelsabkommen entstanden breite zivilgesellschaftliche Bündnisse (vgl. z.B. <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/>). Dieser Widerstand ist international vernetzt. Z.B. ist „Stop TTIP“ ein Bündnis von über 500 europäischen Organisationen. Wir arbeiten auch mit Freihandels-KritikerInnen in den USA und Kanada zusammen und unterstützen afrikanische Staaten, die kein Handelsabkommen mit der EU abschließen möchten, das ihren Interessen widerspricht.
- Die Verhandlungen zu TTIP sind zurzeit ausgesetzt. Angesichts der Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump gegen ein Freihandels- und Investitionsabkommen mit der EU wird manchmal übersehen, dass es unser Widerstand (und der unserer Freundinnen und Freunde in den USA) war, der verhindert hat, dass TTIP noch von der Regierung Obama unterschrieben wurde.

Haben wir gemeinsame Positionen mit Protektionisten wie Donald Trump?

Natürlich nicht! Donald Trump geht es nur darum, die besten Bedingungen für die US-Wirtschaft durchzusetzen. Welche Auswirkungen diese Politik auf Arbeitsbedingungen oder auf das Weltklima hat, ist ihm egal. Die US-Regierung will sich nicht vom Weltmarkt abschotten, sondern ihre Macht nutzen, um vorteilhafte Abkommen mit einzelnen Staaten abzuschließen.

Unser Ziel ist ein gerechter Welthandel, von dem alle Staaten profitieren. Voraussetzung hierfür sind Verhandlungen auf Augenhöhe, auch zwischen Partnern mit unterschiedlicher Wirtschaftsmacht. Hierbei können auch protektionistische Maßnahmen Sinn machen, etwa Zölle zum Schutz der regionalen Landwirtschaft oder Schutz der lokalen Industrie in weniger entwickelten Ländern.